

30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Zur demokratischen Neugeburt unserer Universität Trotz Spott und Hohn zu einer wahren Volksuniversität Folge IV

Von Dr. Gerhild Schwendler, Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität

Die demokratische Erneuerung der Universität stellte den antifaschistisch-demokratischen Kräften die Aufgabe, nicht nur alle faschistisch belasteten Kräfte des Lehrkörpers aus der Universität zu entfernen, sondern auch die Studentenschaft auf die grundlegend neuen politischen und wissenschaftlichen Anforderungen eines Hochschulstudiums vorzubereiten. Das war um so dringlicher, da die Studentenschaft, die bereits vor dem Sturz der faschistischen Histerdiktatur an der Universität immatrikuliert war, völlig im Geiste der faschistischen Ideologie erzogen worden war. Nationale Überheblichkeit und Rassenwahn, Antikommunismus und Antiliberalismus prägten ihre geistige Grundhaltung. Dazu kommt, daß viele Studenten Mitglieder der NSDAP, des nationalsozialistischen Studentenbundes und anderer faschistischer Organisationen gewesen waren, und u. a. als Offiziere am zweiten Weltkrieg teilgenommen hatten. Nur ein kleiner Teil der Studenten verhielt sich 1945 mit dem festen Willen an die Universität zurück, sie zu einer demokratischen Bildungsstätte entsprechend den Zielen der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei umzugestalten. Diese Studenten, die als Kommunisten, klassenbewußte Sozialdemokraten und Antifaschisten während des "tausendjährigen Reiches" von der Universität vertrieben wurden, verhielten sich aber aktiv am antifaschistischen Widerstand beteiligt hatten, übernehmen die verantwortungsvolle Aufgabe, die Studenten im demokratischen Geist umzuverleihen, antifaschistisch-demokratische Kräfte aus der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten an die Universität heranzuführen und diese zu einer wahren Volksuniversität zu entwickeln.

Im politischen Auftrag der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Verhüter die Universitäten und Hochschulen folgend, unternehmen die antifaschistisch-demokratischen Kräfte Leipzigs große Anstrengungen, um die fertigen Studenten der "alma mater Lipsiensis" im demokratischen Geist umzuverleihen und sie für den demokratischen Neuaufbau der Gesellschaft zu gewinnen. Einer der ersten und bedeutendsten Schritte in dieser Richtung war, daß die kommunistischen und klassenbewußten sozialdemokratischen Studenten erstmalig in der Geschichte der Universität Betriebsgruppen der KPD und der SPD aufbauten. Damit erhielt der Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte eine feste politische und organisatorische Basis an der Universität, von der aus die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der Demokratisierung der Universität im wachsenden Maße verankert wurde.

In enger Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Kräften der Stadt, insbesondere mit den Genossen der KPD-Kreisleitung Leipzig, setzten die politisch bewußtesten Studenten ihre ganze Kraft für die demokratische Erziehung der Studentenschaft und die Demokratisierung des Universitätslebens ein. Trotz erbitterten Widerstandes der reaktionären Kräfte in der Universitätsleitung, im Lehrkörper und in den bürgerlichen Parteien organisierten die beiden Arbeiterparteien im Zusammenwirken mit den fortschrittlichen Kräften der CDU und LPD im Herbst und Winter 1945/46 Studentenversammlungen zur Vorbereitung der Studentenschaft auf die neuen Aufgaben.

Die erste Studentenversammlung nach dem Sturz des Hitlerfaschismus führte die Kulturbildung der KPD-Kreisleitung Leipzig am 25. Oktober 1945 im Plauenaal des Leipziger Zoos durch. Vor den über 500 Teilnehmern sprach der Vorsitzende der KPD-Betriebsgruppe, stud. phil. Gerhild Mehnert (von 1934 bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1936 Leiter der antifaschistischen studentischen Widerstandsgruppe an der Universität) zum Thema: "Der Student — heute". Im Namen der kommunistischen und sozialdemokratischen Studenten legte Gerhild Mehnert die Aufgaben und Ziele des demokratischen Neuaufbaus dar und forderte:

- die Herstellung eines engen Bündnisses zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse, als der führenden Kraft des gesellschaftlichen Neuaufbaus,
- nur antifaschistisch gesinnte Studenten zum Studium zuzulassen,
- die soziale Struktur der Studentenschaft zugunsten der Arbeiterklasse gemäß der Struktur der Bevölkerung zu verändern,
- eine antifaschistisch-demokratische Studentenvertretung zu bilden.

Gerhard Mehnert erinnert sich

Auszug aus: Mehnert, Gerhard: Im Widerstand gegen die Faschisierung der Universität, in: Karl-Marx-Universität Leipzig, 1409 B. 1938, 2. Bd., Leipzig 1969, S. 339. „Eine letzte Bestätigung erfährt der Kampf unserer Universitätswiderstandsgruppe in späterer Zeit, d. h. nach der Befreiung vom Faschismus 1945. Denn als ich im Auftrag der KPD im Sommer 1945 ein halbes Dutzend neuer Kämpfer in der Universität zusammensuchte und als Pal-Leiter der neuen Universitätsgruppe der KPD fungierte, als ich den Vorsitz im ersten Studentenausschuss führte und im Oktober 1945 in der ersten, brechend gefüllten allgemeinen Studentenversammlung der Universität vor einem Auditorium, das meist aus zurückgekehrten Offizieren bestand, in schonungsloser Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein erstes Programm zum Aufbau einer neuen, dem Volke verbundenen Universität Leipzig entwickelte, da fühlte ich sie im Geiste alle hinter mir stehen, die damals dabeigewesen waren. Ich sprach für sie, noch waren es wenige, aber ich wußte, bald würden junge Arbeiter und Bauern sich die Universität erobern und jeder würde ein Kämpfer für eine sozialistische Universität sein. Dieser Kampf würde erfolgreich enden, stand er doch vom Anfang an unter Führung einer konsequent marxistischen Arbeiterpartei im Bündnis mit allen gutwilligen fortschrittlichen Elementen unseres Volkes und gerade auch der Leipziger Universität.“

- das studentische Leben eng mit den Interessen und dem Kampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu verbinden und
- ein weitgehendes demokratisches Mitbestimmungsrecht der Studenten zu sichern.

Diese erste Studentenversammlung war ein bedeutender Erfolg der fortschrittlichen Kräfte an der Universität, obwohl die Mehrheit der anwesenden Studenten aus ihrer antidemokratischen, ja teilweise sogar faschistischen Gesinnung keinen Hehl machten und die Forderungen der Vertreter der Arbeiterklasse mit Spott, Hohngelächter, Pöbelrufen und lautem Mißfallen beantworteten. Bereits am 29. November 1945 kam es im Plauenaal zu einer zweiten Versammlung, zu der KPD- und SPD-Betriebsgruppe gemeinsam eingeladen hatten. Die Vertreter der KPD, die Studenten Zaspel und Brückner, und die Vertreter der SPD, die Studenten Benne und Becker, sprachen zu einem Thema, das alle Teilnehmer stark interessierte und bewegte: „Wann wird die Universität eröffnet? Wie auf der ersten Versammlung legten die Referenten klar und eindeutig die neuen Aufgaben der Universität beim antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau dar. Mit Nachdruck unterstrichen sie dabei die Notwendigkeit, den faschistischen Ungelut für immer aus dem Universitätsleben zu entfernen und die Demokratisierung des Lehrkörpers und der Studentenschaft auf der Grundlage der Befehle der SMAD und der Richtlinien der deutschen Verwaltungsorgane strikt zu verwirklichen. Obwohl die faschistisch belasteten Studenten erneut einem offenen Auftritten aus dem Wege gingen, vor Ausschreitungen und Ekzessen gegen die fortschrittlichen Studenten zurückschreckten, reagierten sie auf die Ausführungen u. a. über die Entwicklung und die Rolle der Sowjetunion und die Einschätzung der politischen Haltung der Studenten während der Zeit des Faschismus wiederum mit Hohn und Spott. Wiederholt unterbrachen sie die Sprechler mit lauten Mißfallensäußerungen und Zwischenrufen. Neben den Referenten blieb es einer Reingekraft der Universität vorbehalten, die Versammlung auf ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterklasse beim demokratischen Neuaufbau hinzuweisen.“

Sowohl diese, als auch die Versammlungen am 13. und 19. Dezember 1945 zeigten, daß die provokatorische, reaktionäre und antidemokratische Grundposition der überwiegenden Mehrheit der alten Studentenschaft eine ernste Gefahr für die Neueröffnung der Universität darstellte. Angesichts dieser Lage empfahlen die Vertreter der Stadt den verantwortlichen deutschen Organen, von einer Neueröffnung der Universität auch am Ende des Jahres 1945 Abstand zu nehmen und mit aller Konsequenz und Entschiedenheit auch von studentischer Seite die erforderlichen Voraussetzungen für die Neueröffnung zu schaffen. Im Hinblick auf die Neueröffnung der Universität führte die Kulturabteilung der KPD-Kreisleitung am 25. Januar 1946 im Walker-Albrecht-Haus nochmals eine Studentenversammlung durch, auf der u. a. der Leiter der Kulturabteilung, Dr. Hermann Lay, erneut über die Notwendigkeit der demokratischen Erziehung der studentischen Jugend sprach.

Die demokratische Erneuerung der Studentenschaft in den ersten Nachkriegsmomenten war ein komplizierter politischer und ideologischer Prozeß. In harten Auseinandersetzungen und Diskussionen führten die Antifaschisten Leipzigs und der Universität, an ihrer Spitze die Mitglieder der KPD, unterstützt von den Genossen der SMAD und der sowjetischen Militärkommandatur einen sowohl energiegelassen als auch geduldligen Kampf um die Herzen und Hirne der künftigen studentischen Jugend. Durch ihr mutiges, zielklares und richtungswiesendes Auftreten in den Versammlungen und in anderweitigen Zusammenkünften, z. B. des vollständigen Studentenausschusses und der studentischen Vertretung im Rahmen des städtischen Jugendausschusses wurden die reaktionären Kräfte zurückgedrängt sowie vom Studium ausgeschlossen. Mit der Neueröffnung am 5. Februar 1946 hielten erstmalig in der Universitätsgeschichte Söhne und Töchter der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten in größerer Zahl Einzug an unserer Universität.

Wur der Mittschlager noch aus den Kulissenkämpfen zwischen den Wirtschaftsklassen des amerikanischen Ostens und Westens als Sieger hervorgegangen, so versuchten vor allem letztere jetzt, seinen Erfolg doch noch zu nehmen. Daß die mächtigen Finanzkräfte die politische Bühne der USA beherrschen — das finden sie alle in Erfahrung, aber sie streben gleichzeitig nach ausgerechter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Interessen.

Ford und das Big Business

Auch Gerald R. Ford (61) ist natürlich mit dem Big Business verknüpft, auch wenn das nicht allen augenscheinlich ist. 1949 wurde er als Vertreter des Staates Michigan ins Repräsentantenhaus gewählt. Seitdem überstand er jede Wahl erfolgreich. Seit 1965 war Ford Fraktionsvorsitzender der Republikanischen Partei und dadurch mit allen Feinheiten des politischen Geschäftes vertraut. Auch Beziehungen zu den verschiedenen Lobbies im Kongreß bahnen sich in solch langer Zeit ganz selbstverständlich an. Nach 25-jähriger Tätigkeit auf dem Capitol Hill bleibt nur zu erwarten, daß Ford unter seinen Freunden, die einzigen Interessensvertreter aus der Industrie hat. Doch der einzige Vertreter des Big Business, der einen erheblichen finanziellen Beitrag zu Fords Kampagne geleistet hat, ist John V. Shaney, ein Erdölunternehmer mit kanadischen Anteilen. Trotz allem ist Ford dem Big Business gegenüber nicht gleichgültig. Er war im Kongreß einer der glühendsten Befürworter des Superkon-Tripot-Überschallflug-Projektes und „genießt in der National Association of Businessman großes Ansehen“, hieß es in der „Sunday Times“.

Ford selbst charakterisiert sich so: „Ich bin ein konservativer in Finanzangelegenheiten, ein gemäßigter in innenpolitischen Fragen und ein Liberaler in der Außenpolitik.“ Diese Aussage hat er durch sein Auftreten im US-Kongreß gestützt, über das

Als am 28. August um 10 Uhr der neue US-Präsident Gerald Ford bekanntgab, daß er den langjährigen Gouverneur von New York Nelson Rockefeller zu seinem „Vize“ ernannt habe, glaubten nicht wenige, nun sei die Führungsmannschaft im Weißen Haus wieder komplett. Doch heute ist die erforderliche Zustimmung des Kongresses zu Rockefeller unsicherer denn je. Das liegt sicher nicht daran, daß die Parlamentarier



Wer regiert im Weißen Haus?

Zum Einfluß der Hochfinanz auf die Washingtoner Administration

Eine ähnliche Sprache sprechen auch seine bisherigen Erklärungen, u. a. zu ökonomischen Fragen, in denen eindringlich zu äußerster Sparsamkeit aufgerufen wird.

Der „Außenminister“ des Clans Deutlicher noch, ja geradezu ein Prototyp für die Verschmelzung von Politik und Finanzmacht im Imperialismus ist die Person Rockefeller. „Mit Nelson Rockefeller nominierte er (Ford) einen Multimillionär, dessen Name der Inbegriff des amerikanischen Kapitalismus ist und der in den letzten Jahren eine scharfe Kehrtwendung vom liberalen Republikaner zum rechtskonservativen Politiker machte“ („Frankfurter Rundschau“). Der neue Vizepräsident ist ein Spröß der allgewaltigen Rockefeller-Dynastie, deren Kapital schon vor einigen Jahren auf 90 Milliarden Dollar geschätzt wurde. „Das Vermögen der Rockefeller besteht zum größten Teil aus den Aktien von fünf Mammutschiffen der Erdölindustrie: der Standard Oil of New Jersey (ESSO), der Mobil Oil,

durchweg Vertreter des Big Business — schlechthin gegen einen derart exponierten Mann der amerikanischen Hochfinanz im zweit höchsten Staatsamt etwas einzuwenden hätten. Vielmehr muß man annehmen, daß die Befragten anderer Finanzgruppen den Machtgewinn fürchten, den der Rockefeller-Clan dadurch gegenüber seinen Konkurrenten erzielen würde.

der Standard Oil of Indiana, der Standard Oil of California und der Marathon Oil. Diese fünf verfügen über Aktiva von insgesamt 37 Milliarden Dollar“, schrieb damals die Moskauer „Neue Zeit“. Während der 58-jährige David Rockefeller als Präsident der Chase Manhattan Bank einer der Finanzkönige und mächtigsten Männer der kapitalistischen Welt ist („Newweek“), „Chase-Geld funktioniert in einem Pittsburger Stahlwerk ebenso gut wie in einem Harlemer Süßwarenladen, beim Bau einer Drahtseilbahn in den französischen Alpen oder militärischer Objekte in Saigon“, fällt es seinem 8 Jahre älteren Bruder Nelson zu, die politischen, vor allem die außenpolitischen Interessen des Imperiums zu wahren. Rockefeller hatte bereits auf die Präsidenten Roosevelt, Truman und Eisenhower Einfluß und kam 1958 auf den Posten des Gouverneurs von New York, den er als Sprunghieb in das Präsidentenamt betrachtete. Jedoch sowohl 1960 als auch 1968 favorisierte die Republikanische Partei

Nixon, nun unternahm er einen weiteren Versuch, doch noch das ehrgeizige Ziel zu erreichen. Wie stark sein Rückhalt ist, zeigt sein vorläufiger „Sieg“ über Georg Bush beim Ringeln um das zweit höchste Staatsamt. Bush, von den aufstrebenden Industriellen des Südens und Südwestens massiv, auch mit den üblichen Mitteln der Verleumdung gegen den politischen Gegner, unterstützt, konnte sich nicht durchsetzen. „Hier best niemand Zweifel daran, daß die Industrie- und Finanzkreise der östlichen Gebiete des Landes Rockefeller als Vizepräsidenten sehen wollten“, stellte die „Pravda“ in einem Korrespondentenbericht fest. Wie sich jetzt zeigte, rief das aber sofort andere Monopolgruppen auf den Plan, die sich noch nicht geschlagen geben haben.

Fords Image-Pflege

Ford will sich als dynamischer Präsident präsentieren und vergißt dabei auch die Image-Pflege nicht. „Er zeigt sich in Badehaus, im Schlafanzug, als Fußballspieler, als Skifahrer, als Tellerabstrecker in der heimischen Küche und natürlich auch als Mann im dunkelgrauen Anzug, der abends das Weiße Haus verläßt mit Akten unter dem Arm“, wußte die „Welt“ zu berichten. Und schließlich hat der US-Präsident auch seine ersten programmatischen Reden gehalten. Darin versprach er gegenüber der Sowjetunion „die Weiterführung unserer Verpflichtungen auf demselben Kurs wie in den letzten drei Jahren. Wir sind unseren beiden Völkern und der gesamten Menschheit gegenüber zu weiteren Bemühungen um die Sicherung des Lebens und, wo es möglich ist, zur Zusammenarbeit für den Frieden verpflichtet, denn im Atomzeitalter kann es keine Alternative zu positiven und friedlichen Beziehungen zwischen unseren Nationen geben.“ In der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern wurde diese Absichtserklärung begrüßt. An ihr wird die künftige Politik der Vereinigten Staaten von Amerika gemessen werden. Dr. Peter Richter

Was ist Swing?

Von W. Kleinwächter

Hinter „Swing“ steht im englisch-deutschen Wörterbuch Hin- und Herschwingen, pendeln, sich elastisch bewegen. Genau das bedeutet es eigentlich auch auf dem Handel bezogen, wiewohl man dort unter Swing mehr ein spezielles Verrechnungsverfahren für die Begleitung von Lieferungen bezeichnet. Nach diesem Verfahren werden Ex- und Import jeweils nicht sofort, d. h. zum Liefertermin bezahlt, sondern die Soldierung erfolgt zu einem bestimmten Termin, wobei eine Art Bondbreite geschaffen wird, innerhalb derer sich die entsprechenden Beträge vom Nullpunkt wegentwickeln, d. h. hin- und herschwingen können, ohne daß dies Zinszahlungen nach sich zieht.

Swing-Verbindungen sind im Handel zwischen Staaten keine Seltenheit, sie dienen vor allem dazu, dem Warenaustausch einen Impuls zu geben und ihn von allzu engen Fesseln, die der Zwang zu jährlich ausgeglichenen Handelsbilanzen mit sich bringt zu befreien. Im Handel zwischen der DDR und der BRD wurde von Anfang an dieses Swing-Verfahren eingeführt. Nach Artikel VIII des Berliner Abkommens vom 20. September 1951 kann jede der beiden Seiten bei der Bank des anderen Landes über ein Debetkonto (Schuldensaldo) von 200 Millionen Verrechnungseinheiten verfügen. Die entsprechenden Konten sollen nach dem Berliner Abkommen, Artikel IX, am 30. Juni jedes Jahres saldiert werden. Diese Regelung hat sich im Handel zwischen der DDR und der BRD bewährt und trägt wesentlich mit dazu bei, daß sich der Warenaustausch kontinuierlich steigert. Das Abkommen von 1951 wurde am 6. Dezember 1958 durch eine Vereinbarung ergänzt, nach der ein flexibler Swing eingeführt wurde. Demnach sollte die jährliche Abweichung von Null 25 Prozent des jeweiligen Imports vom Vorjahr betragen. Auch diese Regelung wirkt sich positiv auf die gegenseitigen Lieferungen aus. So stieg der Warenausstoß von 2,34 Milliarden Valuta-Mark 1965 auf 4,93 Milliarden Valuta-Mark 1973. (2,49 Mrd. Export und 2,43 Mrd. Import). Damit war der Swing auf rund 600 Millionen Mark angewachsen. Da die Vereinbarung von 1958 auf sieben Jahre terminiert war, war es nun notwendig, einen neuen Kontrakt auszuhandeln.

Der 1972 abgeschlossene Grundlagenvortrag zwischen der DDR und der BRD eröffnete auch neue Möglichkeiten für die Erweiterung des Handels. Im Protokoll zu Artikel 7 des Grundlagenvortrages heißt es, daß „der Handel zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der bestehenden Abkommen erweitert wird. Die DDR und die BRD werden langfristige Vereinbarungen mit dem Ziel abschließen, eine kontinuierliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, überholte Regelungen anzupassen und die Struktur des Handels zu verbessern.“ Die jetzt erzielte Vereinbarung über den Swing, die am 13. Dezember unterzeichnet wurde, entspricht diesem Auftrag des Grundlagenvortrages. Der festgelegte Planföhrbetrag von 850 Millionen Verrechnungseinheiten verschafft damit neuen Raum für die Auswertung des Handels zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, der insbesondere durch die anwachsende Inflation in der BRD bei Beibehaltung oder gar Abbau der alten Regelung enger zu werden droht hätte.

Die Regelung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen für die DDR von Vorteil, weil es ihr die weitest planmäßige Ausdehnung ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen ermöglicht, ist für die BRD von Vorteil, weil sie neue Absatzmöglichkeiten enthält, was insbesondere in der sich jetzt verschärfenden Krisenzeit von Bedeutung ist.

Alles Gerede der CDU im Bonner Bundestag, daß es sich hier um eine allein für die DDR nützliche Regelung handelt, wird nicht nur von der SPD selbst widerlegt, sondern auch durch die Praxis ad absurdum geführt.

1. Ist die Vorteilslage, wie oben angedeutet, ausgeglichen;
2. besitzen beide Partner die Möglichkeit, den Swing auszunutzen. Außenwirtschaftsminister Söffe forderte auf der letzten Leipziger Herbstmesse die BRD-Unternehmer ausdrücklich auf, ihre Käufe in der DDR zu steigern, insbesondere auf dem Maschinenbau-sektor, um dadurch die Struktur des Handels entsprechend den Forderungen des Grundlagenvortrages zu verbessern;
3. Stellt die Swing-Vereinbarung einen wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD dar, schafft für den weiteren Normalisierungsprozeß ein günstiges materielles Fundament. Gute Beziehungen zwischen der DDR und der BRD liegen aber im Interesse beider Staaten, sie dienen dem Frieden und damit den Menschen.